



Neuer Arbeitsplatz für Stefan Berger:
EU-Parlament in Brüssel
© ressefoto_berger

Der 50jährige CDU-Politiker Stefan Berger wurde 2019 neu in das Europäische Parlament gewählt. Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler kommt vom Niederrhein, ist verheiratet und hat eine Tochter.

EZB, Digitalisierung und Green Finance

DUV: Herr Dr. Berger, Sie sind neu in das Europäische Parlament eingezogen. Welche Ziele und Hoffnungen verbinden Sie mit der Arbeit in Brüssel und Straßburg?

Berger: Als direkter Vertreter des Niederrheins, Düsseldorfs und Mettmann ist es mir natürlich wichtig, stets die Interessen und Bedürfnisse des Rheinlands nach Europa zu tragen. Diese sind der Kompass meines politischen Handelns in Brüssel und Straßburg. Geboren und aufgewachsen in Nordrhein-Westfalen, sozusagen im Herzen Europas, habe ich jedoch schon immer eine enorme Verbindung zur Europäischen Union empfunden. Meine Heimatregion liegt auf den wichtigsten europäischen Handelsrouten und ist ein Dreh- und Angelpunkt im Welthandel. Als Europaabgeordneter ist mir daher das Wohlergehen unseres europäischen Wirtschaftsraums ein Kernanliegen. Nur wenn dieser stabil und gesund ist, geht es den Mitgliedsländern – bis hin zu den einzelnen Regionen, wie Nordrhein-Westfalen – gut.

DUV: Welche Auswirkungen würde ein No-Deal-Brexit für den Finanzdienstleistungsbereich mit sich bringen?

„Ein harter Brexit könnte London als Finanzstandort dauerhaft beschädigen“

Berger: Selbst wenn die genauen Auswirkungen des Brexits bisher hypothetisch sind, ist jetzt schon klar: Einen Gewinner wird es bei diesem Unterfangen nicht geben. London ist ein dominantes Finanzdienstleistungszentrum in Europa, deshalb liegt es auch im Interesse der Finanzbranche des Landes,

dass ein tragbares Abkommen mit der EU geschlossen wird. Ein harter Brexit könnte London als Finanzstandort dauerhaft beschädigen. 17 Großbanken, die von der EZB beaufsichtigt werden, haben schon angekündigt, Zentralen in anderen EU-Ländern zu eröffnen. Vermögenswerte in Billionenhöhe wurden bereits in andere EU-Länder verlagert. Auch für die EU-27 wird der Brexit nicht folgenlos werden, denn wir würden sicherlich Anteile am weltweiten Kapitalmarkt verlieren.

DUV: Sie haben sich für die Arbeit im einflussreichen Wirtschafts- und Währungsausschuss (ECON) entschieden. Als Wirtschaftswissenschaftler sind Sie ja geradezu prädestiniert für die Arbeit im ECON: Welche Schwerpunktthemen interessieren Sie besonders?

Berger: Heutzutage gibt es kaum einen Bereich, in den die Digitalisierung nicht schon eingedrungen ist. In der Finanzwelt werden wir die digitalen Entwicklungen besonders zu spüren bekommen. Denken wir nur ein-

IV.

Niedrigzinspolitik beenden

einmal an Facebooks geplanten Stable Coin „Libra“, der durch seine Blockchain-Architektur Finanzinstitute im schlimmsten Fall sogar erübrigen könnte. Die EZB muss ihre Rolle vor dieser Herausforderung neu definieren. Für mich ist Libra daher ein Schwerpunktthema im ECON.

DUV: Unter dem Stichwort „Green Finance“ werden in den kommenden Jahren verschiedene Regulierungen in Kraft treten. Warum ist aus Ihrer Sicht klimafreundliches Investment wichtig, wo aber droht durch Beratungs- und Dokumentationspflichten neue Bürokratie?

Berger: Nachhaltige Entwicklung muss zum Bestandteil des Selbstverständnisses von Wirtschafts- und Finanzpolitik werden. „Green“ oder „Sustainable“ Finance kann ein wichtiges Instrument sein, um das Pariser Klimaschutzabkommen oder die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu erfüllen. Jedoch darf sich dieser Meilenstein nicht im Bürokratie-Dschungel verfangen – gerade wenn es um die Bewertung von Kriterien, Offenlegungsregelungen oder die Taxonomie geht. Auch sollte das Produktangebot grundsätzlich marktseitig ausgeweitet werden und die kleineren Finanzinstitute und Unternehmen nicht überlastet werden. Eine weitere Herausforderung wird sein, die Bekanntheit von Green Finance bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu erhöhen.

DUV: Welche politischen Erwartungen verknüpfen Sie mit der neue EZB-Präsidentin Christine Lagarde? Konkret: Kann und muss die Niedrigzinspolitik beendet werden?

Berger: Ich unterstütze Frau Lagarde als neue Präsidentin der Europäischen Zentralbank, denn gerade vor Herausforderungen wie den Brexit, aber auch der zunehmenden Digitalisierung der gesamten Finanzwelt, brauchen wir eine starke Führung der EZB. Herr Draghi hat mit seinem Niedrigzinskurs allerdings ein schweres Erbe hinterlassen. Ich bin der festen Meinung, dass das Ende der aktuellen Niedrigzinspolitik wieder als realistische Alternative gesehen werden muss, damit wir in Krisenzeiten wieder handlungsfähig sind.

DUV: Zusammen mit dem Europäischen Parlament startet auch die EU-Kommission, also die Europäische Exekutive, in eine neue Legislaturperiode. Für Finanzdienstleistungen bleibt Ihr EVP-Parteifreund Valdis Dombrovskis zuständig. Welche politische Linie würden Sie sich von ihm wünschen?

Berger: Mit Herrn Dombrovskis haben wir in Frau Dr. von der Leyens geopolitischer EU-Kommission einen fähigen EU-Kommissar, an den wir große Erwartungen richten. So gilt es, eine zukunftssträchtige „Green Financing“-Strategie zu entwickeln, um den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu befördern. Unter anderem muss künftig auch eine FinTech-Strategie zur Ausschöpfung neuer digitaler Technologien für unser Finanzsystem entwickelt werden.

DUV: Was sind Ihre Vorstellungen und Wünsche für einen fruchtbaren

Austausch mit den Stakeholdern, z.B. Unternehmen und Vertrieben?

Berger: Ich selbst bin Mitglied des Landesvorstands der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT), des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) im Europäischen Parlament sowie im SME Circle der EVP-Fraktion. Dies zeigt, dass es mir ein Herzensanliegen ist, unsere Stakeholder aus der Wirtschaft, die auch ein Standbein des Mittelstands sind, zu stärken. Der rege Austausch mit KMU, Konzernen, Finanzinstituten und anderen Wirtschaftsakteuren in meiner Heimatregion und in Brüssel ist für mich essenziell.

DUV: Ihre Heimat Nordrhein-Westfalen ist Sitz vieler namhafter Versicherungsunternehmen, sowohl deutscher als auch Töchter ausländischer Versicherer. Der Regelungsrahmen ist hauptsächlich von Brüssel vorgegeben. Was ist aus Ihrer Sicht zentral bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen allgemein und von Anlageprodukten im Besonderen?

Berger: Wir stehen im Finanzsystem an einem Wendepunkt hin zu mehr Ökologisierung. Insbesondere bei dem Thema „Sustainable Finance“ ist eine einfache, klare Taxonomie unerlässlich, um privates Geld auch im Umweltbereich zu allokalieren. Zudem ist es entscheidend bei Regulierungen, wie zum Beispiel PRIIPs, eine einfache, klare Linie zu entwickeln, die Kunden und Institutionen nutzt. . . .



Neu an der EZB-Spitze: Christine Lagarde
©pressefoto_EU-Parlament



Bewährter Finanzfachmann: Valdis Dombrovskis
©pressefoto_EU-Kommission